



Liebe Leserinnen und Leser,  
in unserem November—Newsletter finden Sie Artikel zur dringend notwendigen Krankenhausreform, zum Dilemma der Ersatzbrücke am Altstädtischen Bahnhof und einen Bericht über eine Bürgerversammlung mit den Ortsteilen Kirchmöser und Plaue. Ferner fordern wir angesichts des drohenden Bahnstreiks einen „Weihnachtsfrieden“.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen, sollten Sie Anmerkungen oder Fragen zu diesem Newsletter haben.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Scheller

### Krankenhausreform ist überfällig und Bund liefert nicht

Die CDU-Fraktion begrüßt, dass der Bundesrat in der vergangenen Woche die Reformpläne von Gesundheitsminister Lauterbach abgelehnt hat und den Vermittlungsausschuss angerufen hat. „Schon seit längerem hatte auch der Deutsche Städtetag in einem umfassenden Positionspapier klargemacht, dass die finanzielle Situation der Krankenhäuser dramatisch ist und dringender Handlungsbedarf auf Bundesebene besteht“, erklärt dazu Fraktionsvorsitzender Jean Schaffer und ergänzt: „Auch wir sehen deutlich an der wirtschaftlichen Lage unseres Klinikums, dass die Kostensteigerungen bei Personal, bei den Energiekosten und auch bei den Verbrauchsmaterialien nicht durch die Einnahmen gedeckt werden und es ist die Aufgabe des Bundes für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen.“

Die CDU hatte daher zurückliegend über ein Darlehen aus dem Bereich der kommunalen Beteiligungen ganz maßgeblich mit dafür gesorgt, dass ausreichende Liquiditätsreserven im Klinikum bestehen. „Wenn die Situation es erfordert, dann werden wir wieder einem solchen Liquiditätskredit zustimmen“, stellt Jean Schaffer frühzeitig in Aussicht.



**Dietlind Tiemann**, die für die CDU im Aufsichtsrat sitzt und als ehemalige Oberbürgermeisterin den Ausbau des Klinikums immer mit unterstützt hatte, erklärte weiter: „Wir sehen an vielen Stellen, dass unser Land derzeit so schlecht wie noch nie zuvor reagiert wird. Die Inflation belastet alle Menschen und Unternehmen im Land. Und wenn dann noch so elementare Dinge wie eine sichere und solide Krankenhausversorgung nicht im Fokus der Politik stehen, dann mache ich mir Sorgen um die Zukunft.“

Die CDU-Fraktion wird das Universitätsklinikum auch weiter unterstützen; das steht außer Frage. Jean Schaffer: „Wir sind stolz auf die Entwicklung des ehemaligen Städtischen Klinikums hin zum Universitätsklinikum. Es gehört aber auch dazu, dass die Politik die Leistungen der Krankenhäuser ausreichend vergütet. Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen weiter ein.“



### Die Grüne Brückenpolitik

Walter Paaschen

Stadtverordneter der CDU, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Als vor 4 Jahren, im Dezember 2019, die Brücke am Altstädtischen Bahnhof gesperrt werden musste, forderte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig den Ersatzbau nach einem verkürzten Planverfahren zu errichten.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke kündigten diesen Konsens auf. Sie forderten ein Planfeststellungsverfahren, da der Ersatzbau die Auffahrrampe auf der anderen Seite der B102 vorgesehen hatte. Somit handelte es sich nach ihrer Ansicht bei der Bauplanung nicht mehr um einen Ersatzbau. Sie verwiesen, man kann auch drohen sagen, darauf, dass Naturschutzverbände von ihrem Verbandsklagerecht gebrauch machen würden, wenn kein Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird.

Wohin so eine Klagemöglichkeit führt, durften wir Brandenburger beim Bau des Radweges am Silokanal erfahren. Zur Erinnerung: Bauverzögerung von mehr als einem Jahr und Erleichterung der Stadtkasse von über 100.000 Euro. Dies war das Ergebnis dieser Verbandsklage. An der Bauausführung hat das Klageverfahren jedoch grundsätzlich nichts geändert.

Nun ist beim Ersatzbau der Brücke am Altstädtischen Bahnhof nicht gleiches passiert. Aber die „Drohung“ hat nach Auffassung der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung zu dem nicht erforderlichen Planfeststellungsverfahren geführt. Und hier das Ergebnis nach Abschluss des Planverfahrens:

**Der Baubeginn des Ersatzbaues verzögert sich aufgrund des Handelns von Grünen und Linken um mindestens zwei Jahre.**

Das bedeutet:

Zwei Jahre erhöhtes Verkehrsaufkommen auf dem Klingenberg und Gördenallee. So fallen auf dem Görden PKW's und LKW's auf, aber nicht mehr die wunderschöne Kastanienallee.

Zwei Jahre längere Fahrwege verbunden mit mehr Kosten für die Bürgerrinnen und Bürger, aber auch vor allem für unsere Handwerker und Gewerbetreibenden.

Zwei Jahre mehr CO<sup>2</sup>- Ausstoß und erhöhter Feinstaubanfall.

Das sind die Ergebnisse ideologisch geprägter kommunalpolitischer Entscheidungen.

Ich erwarte, dass wir das Gemeinwohl, dem alle gewählten Stadtverordnete verpflichtet sind, in den Mittelpunkt unserer Entscheidungen stellen.

In unserer Stadt stehen noch weitere Brückensanierungen bzw. Brücken Neubauten an.

Damit diese notwendigen Bauvorhaben zügig abgewickelt werden können, sind Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls zu treffen und nicht aufgrund ideologischer Ziele.

### Bürgerversammlung mit den Ortsteilen Kirchmöser und Plaue



Oberbürgermeister Steffen Scheller hat sich in der vergangenen Woche mit Bürgerinnen und Bürgern aus Kirchmöser und Plaue im Rahmen von „OB vor Ort“ getroffen. Dort wurde unter anderem auch über zwei aktuell wichtige Themen für Kirchmöser und Plaue informiert und diskutiert.

In Kirchmöser plant der Investor Jörg Heitmann die Reaktivierung des ehemaligen Klubhauses der Eisenbahner und der ehemaligen Klinik. „Die CDU ist begeistert von den vorgestellten Plänen und unterstützt die Vorhaben von Jörg Heitmann, der bereits am Südtor 5 großes geleistet hat“, sagte dazu Jean Schaffer.

„Ich bin auch einig mit Steffen Scheller, dass die Verwaltung die Projektplanung und Projektumsetzung konstruktiv begleiten muss und nach pragmatischen Lösungen sucht. Für Kirchmöser und die Entwicklung im Bereich Seegarten ist das eine riesige Chance.“



Die CDU-Fraktion wird auch das Gespräch mit Jörg Heitmann direkt suchen, um sich über dessen Ideen auszutauschen und ihm die Unterstützung in allen relevanten Fragen anzubieten.

„Auch über das Vorhaben der Umnutzung von landwirtschaftlichen Flächen westlich von Plaue-Charlottenhof zu einer Fläche für Photovoltaik wird noch zu diskutieren sein“, erklärt Jean Schaffer weiter. „Ob wir an dieser Stelle ein Planverfahren über 55 Hektar einleiten, das ist mir noch unklar. Auch die Wirtschaftlichkeit des Projektes hängt ja bekanntlich von der Abnahme und Einspeisung des Stroms ab und da bestehen noch Fragezeichen.“

Grundsätzlich steht die CDU-Fraktion den Vorhaben zur Erzeugung von Strom aus regenerativen Energien nicht von vornherein kritisch gegenüber. Aber die Fraktion sieht auch die Notwendigkeit darüber zu diskutieren, wie wir unser Landschaftsbild erhalten können und wie wir unsere regionalen Lebensgrundlagen, dazu gehört auch Landwirtschaft, erhalten.

Jean Schaffer: „Als Stadt haben wir auch an anderen Stellen durch Flächenausweisung für PV-Anlagen schon einen Beitrag geleistet. Wir sind auch dafür Dächer für solche Projekte zu prüfen und bereitzustellen. Und wir wollen, dass der Strom für uns alle bezahlbar bleibt und dafür ist ein vernünftiger Mix für die Stromproduktion notwendig.“

Aus Sicht der CDU war der Ausstieg aus der Stromerzeugung über Kernkraft ein Fehler. Andere Staaten in Europa machen uns in Deutschland da mittlerweile hinsichtlich der Strompreise etwas vor.“

### Bahnstreik nicht zu Lasten von Familien und Älteren

Mit Empörung reagiert die Senioren-Union der CDU in Brandenburg an der Havel auf die aktuelle Ankündigung weiterer und unbefristeter Bahnstreiks durch die Gewerkschaft der Lokführer (GDL).



„Besonders getroffen sind wieder einmal die Älteren, die sich gerade in der Advents- und Vorweihnachtszeit auf Besuche bei und von Kindern und Enkeln gefreut haben und nun nicht mehr sicher sein können, dass Züge planmäßig und zuverlässig fahren“, erklärt **Andreas Erlecke** der Kreisvorsitzende der CDU-Senioren.

Bei allem Verständnis für das Grundrecht von Streik und andere Arbeitskampfmaßnahmen, der GDL scheint wieder einmal das richtige Maß verloren gegangen zu sein.

In der aktuellen Verhandlungsrunde hat die Deutsche Bahn ein vergleichsweise hohes Angebot in die aktuelle Verhandlungsrunde ein. Elf Prozent mehr Lohn plus 2850 Euro Inflationsausgleichs-Prämie, bei einer Laufzeit von 32 Monaten. Bei Arbeitnehmern anderer Branchen würde ein solches Angebot Freudenstürme auslösen, von Rentnern ganz zu schweigen.

Neben hohen finanziellen Forderungen, 555 Euro mehr Lohn plus 3000 Euro Inflationsausgleichs-Prämie, will die GDL eine Reduzierung der Arbeitszeit für Lokführer von 38 auf 35 Stunden. Ferner will die GDL innerhalb des Konzerns Bahn ihre Tarifzuständigkeit über den Bereich der Lokführer hinaus zu Lasten der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ausdehnen.

Dazu sagt die Senioren Union, dass sie vor allem kein Verständnis dafür hat, dass die Bahnkunden Leidtragende im Kampf zweier Gewerkschaften sein sollen.

Andreas Erlecke: „Mit Blick auf die Adventszeit und das bevorstehende Weihnachtsfest fordern wir für die Wochen rund um Weihnachten und Neujahr, dass seitens der GDL ein Weihnachtsfrieden eingehalten wird. Gerade Familien und Senioren wünschen Klarheit über verlässliche und streikfreie Reisezeiten.“

Veranstaltungshinweis:



*Einladung:*

**Älter werden wir alle.**

**Älter werden allein ist schon nicht einfach.**

**Ärgerlich nur, wenn wir wegen unseres Alters benachteiligt werden.**

**Altersdiskriminierung—Benachteiligt nur weil Du alt bist?**

**Donnerstag, 30.11.2023 um 16.00 Uhr**

**Quartier 17, St. Annen Straße 17**

**mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden der Senioren Union Brandenburg und  
Mitglied des Bundesvorstandes der Senioren Union Cornelia Schlegel**

Die nächstgelegenen Straßenbahnhaltestellen sind:

Haltestelle St. Annen-Straße oder die Haltestelle Neustädtischer Markt.

## Mahnwache: Solidarität mit der Ukraine und Israel

Sonntag, 3. Dezember um 16.00 Uhr

Altstädtischer Markt



Die Ukraine kämpft seit fast zwei Jahren gegen ihre Vernichtung. Sie kämpft um das Überleben des ukrainischen Volkes in einer freien Ukraine. Putins Russland will beides zerstören.

Israel kämpft seit dem 7. Oktober gegen eine Terrororganisation, die die Juden und den Staat Israel vernichten will.

Beide Staaten kämpfen um ihre Existenz.

Sie verteidigen Freiheit, Demokratie und Recht.

Deshalb stehen wir an Ihrer Seite.

Kommen Sie am 3. Dezember um 16.00 Uhr zur Kundgebung auf den Altstädtischen Markt.



### Impressum:

Dienstleister dieses Newsletters ist der CDU-Kreisverband Brandenburg an der Havel.

Inhaltlich Verantwortlicher ist Andreas Erlecke, Kreisgeschäftsführer der CDU Brandenburg an der Havel

CDU-Kreisverband Brandenburg an der Havel

Altstädtischer Markt 2

14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 01522 5767423

E-Mail: [info@cdu-brb.de](mailto:info@cdu-brb.de)

Sollten Sie keinen weiteren Rundbrief wünschen, schicken Sie bitte eine Nachricht an: [info@cdu-brb.de](mailto:info@cdu-brb.de)